

Breite Unterstützung des Referendums

SITTEN | 9500 Unterschriften für das Referendum gegen das Dekret «PAS1». Diese wurden gestern offiziell auf der Staatskanzlei in Sitten abgegeben.

Mit diesen Unterschriften soll das erste Sparmassnahmenpaket bekämpft werden, das zwischen 40 und 45 Millionen Franken ausmacht. Davon gehen rund 20 Millionen Franken auf Kosten der Schule. Eingereicht wurden die Unterschriften durch Vertreter der zwölf Berufsorganisationen, die im Zentralverband der Magistraten, der Lehrerschaft und des Personals des Staates Wallis (ZMLP) zusammenarbeiten.

Die ersten 3000 Unterschriften, so viele sind für die Einreichung eines Referendums nötig, kamen bereits einen Monat vor Ablauf der gesetzlichen Frist zusammen. Gestern konnten die rund 9500 Unterschriften aus dem ganzen Kanton den Behörden übergeben werden. Die Aufteilung der gesammelten Unterschriften zwischen Ober- und Unterwallis zeigt, dass das Anliegen in beiden Kantonsteilen gleichermaßen unterstützt wurde. Damit ist erwiesen, dass nicht nur die Staatsangestellten, sondern auch ein breiter Teil der Öffentlichkeit und Nutzniesser der öffentlichen Dienste sich gegen die vom Referendum bekämpfte politische Stossrichtung zur Wehr setzen wollen.

Einfluss nehmen

Auf gewisse Faktoren kann der Kanton Einfluss nehmen, auf



Offizielle Übergabe. Die Präsidentin des ZMLP, Marylène Volpi Fournier, überreicht in der Staatskanzlei in Sitten die 9500 Unterschriften.

FOTO WB

andere nicht. Was die zwölf Berufsorganisationen des ZMLP veranlasste, das Referendum zu ergreifen, war in erster Linie der Beschluss des Grossen Rates vom März 2014 im Rahmen des «PAS1» (Erste Phase der Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates). Damit soll auch bei der Betreuung der schwächsten Schülerinnen und Schüler gespart und gleichzeitig auf Mehreinnahmen verzichtet werden. «Diese Massnahme wurde beschlossen, nachdem im Schulbereich bereits Einsparungen

von 13,5 Millionen Franken bei den Löhnen gemacht wurden. Was der Streichung von 80 Vollzeitstellen entspricht», sagt Marylène Volpi Fournier, Präsidentin des ZMLP an der gestrigen Pressekonferenz.

Weitere Sparmassnahmen werden folgen

«Heute sind alle Bereiche der öffentlichen und halböffentlichen Dienste bedroht: Gesundheit, Sozialwesen, Sicherheit, Unterrichtswesen und Strassenunterhalt», erklärt Mary-

lène Volpi Fournier. Ein allgemeiner Leistungsabbau sei bereits angekündigt, so die Präsidentin und fügt hinzu, dass weitere Lohneinbussen und Stellenstreichungen zu erwarten seien. Im September plane der Grosse Rat weitere Einsparungen von rund 135 Millionen Franken.

Mit «PAS2» würden nur Strukturanalysen folgen und nach weiteren Sparmöglichkeiten in den Bereichen der Justiz, der Exekutive und der Verwaltung gesucht.

«PAS1» ist nur ein Versuchsballon

Die Volksabstimmung wird voraussichtlich am 30. November stattfinden. «Für uns gilt es nun, eine Kampagne vorzubereiten. Wir planen nach dem Sommer zahlreiche Aktionen», sagt Marylène Volpi Fournier.

Jetzt nicht zu reagieren, öffne kommenden, noch weitergehenden Sparmassnahmen Tür und Tor. Die Sparmassnahmen «PAS1» seien lediglich ein Versuchsballon, sind sich die Mitglieder des ZMLP einig. **slu**